

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009 – Wahlbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung des Wahlergebnisses	1
Die politischen Parteien nach der Hessen-Wahl 2009	2
Bundespolitische Auswirkungen der Hessen-Wahl 2009.....	4
a) FDP-Blockademacht im Bundesrat	4
b) Rechnerische Mehrheit für Horst Köhler in der Bundesversammlung	4
Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes.....	5
a) Ein Blick zurück auf die Wahl am 27. Januar 2008	5
b) Ypsilantis Scheitern und Kochs erneute Chance	6
c) Die politische Stimmung in Hessen vor der Wahl	8
Die Wirtschafts- und Finanzkrise	9
Der „Wortbruch“ von Andrea Ypsilanti und das hessische Parteiensystem	11
Die hessische Schul- und Bildungspolitik	12
d) Kompetenzzuschreibungen der Parteien	13
Erste Analyse der Wahlergebnisse	14
a) Zeitpunkt der Wahlentscheidung, Mobilisierung, Wahlentscheidende Themen	14
b) Strukturelle Verschiebungen im hessischen Parteiensystem	16
c) Wähler/-innenwanderungen	17
d) Die Parteien nach Wahlbeteiligung, Hochburgen und Konfessionen.....	18
e) Die Parteien nach Herkunft, Bildung und Geschlecht	19
f) DIE LINKE. vor und nach der Landtagswahl 2009.....	22
Verwendete Quellen	24
Die Autoren / Vorbehalt	24

Zusammenfassung des Wahlergebnisses

Tabelle: Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009

Bundesland	Einheit	Wahl- bet.	Zweitstimmenanteile Landtagswahl 2009					
			CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Sonst.
Hessen	%	61,0	37,2	23,7	16,2	13,7	5,4	3,8
	Sitze	118	46	29	20	17	6	-
Zweitstimmenergebnisse Landtagswahl 2008								
Hessen	%	64,3	36,8	36,7	9,4	7,5	5,1	4,5
	Sitze	110	42	42	11	9	6	-
Veränderung gegenüber der Landtagswahl 2008								
Hessen	%	-3,3	0,4	-13,0	6,8	6,2	0,3	-0,7
	Sitze	8	4	13	9	8	±0	±0

Die politischen Parteien nach der Hessen-Wahl 2009

Der Hessische Landtag hat sich am 19. November 2008 mit den Stimmen der Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE gemäß Artikel 80 der Hessischen Verfassung selbst aufgelöst. Dies ist nach 1983 und 1987 die dritte vorzeitige Beendigung einer Wahlperiode in Hessen.

Die Wahlbeteiligung hat gegenüber der vergangenen Landtagswahl erneut abgenommen und sinkt auf das niedrigste Niveau seit 1946. Binnen zehn Jahren hat sich die Wahlbeteiligung um 5% reduziert. Gegenüber 1987 hat die Wahlbeteiligung um knapp 20% nachgelassen.

Union und SPD sind damit konfrontiert, dass sie seit der Landtagswahl 1974 kontinuierlich an Zuspruch von Wähler/-innen und Wählern verlieren. Bereits bei der vergangenen Landtagswahl sackte der gemeinsame Wähler/-innenrückhalt der beiden Volksparteien mit 73,5% im Jahre 2008 auf den niedrigsten Stand seit 1954. Dieses Ergebnis wurde nunmehr erneut unterschritten. Mit 60,9% Wähler/-innenbindung sinken die Union und SPD auf das niedrigste Niveau in der Nachkriegsgeschichte Hessens und können nicht einmal mehr zwei Drittel der Wähler/-innen in Hessen für sich gewinnen.

Die Kräfteverhältnisse zwischen den beiden politischen Lagern haben sich zwischen der Landtagswahl 2009 und der Landtagswahl 2008 umgekehrt.

Tabelle: Kräfteverhältnisse der politischen Lager

	schwarz-gelb		rot-grün-rot	
	absolute Zahlen	in %	absolute Zahlen	in %
LTW 2009	1.384.183	53,4	1.109.740	42,8
LTW 2008	1.268.325	46,2	1.353.643	51,2

Die Wahl in Hessen war eine „Denkzettelwahl“, sie wurde von enttäuschten Wähler/-innen entschieden, nicht von Wähler/-innen, die vom Angebot der Partei, die sie wählten, überzeugt sind. Jedenfalls gilt das für die beiden Wahlsieger FDP und Grüne. Auch die LINKE zählt zu den Wahlsiegern, nicht weil sie Stimmen hinzugewonnen hat, sondern weil sie den Wiedereinzug in das Landesparlament eines westdeutschen Flächenlandes gegen alle Anfeindungen und innerparteilichen Widrigkeiten geschafft hat. Die kleinen Verlierer dieser Wahl sind Roland Koch und die Union, die großen Verlierer sind die SPD, Franz Müntefering und Walter Steinmeier (Andrea Ypsilanti hatte schon vorher verloren).

Die CDU gewinnt kaum hinzu, sie fährt ihr zweitschlechtestes Ergebnis in Hessen ein. Es wird noch genauer zu analysieren sein, ob sich darin nur das verlorene Vertrauen in Roland Koch und seinen Politikstil ausdrückt, oder mehr noch bundespolitische Unsicherheiten über den Kurs der Union.

Diese Frage hängt eng mit der Frage nach dem Wahlsieg der FDP zusammen: Wird die FDP - auf Zeit – zu der Partei, bei der die festen Anhänger der Leipziger Beschlüsse der CDU, die „konservativen Wirtschaftsliberalen“ bei den nächsten Wahlen ihr Kreuz machen? Verschafft sie dadurch die Union ausreichend Spielraum, um mit eher „sozialdemokratischen“ und rechtskeynesianischen Positionen Wählerschichten aus der Arbeitnehmerschaft zu mobilisieren und so auch bundespolitisch eine schwarzgelbe Koalition zu ermöglichen? Immerhin regieren CDU/FDP-Koalitionen nun in den fünf bevölkerungsreichsten Ländern.

Die Grünen haben einen großen - ihren größten in einem Flächenland - Wahlerfolg errungen, können damit aber nichts anfangen. Für sie zeigt Hessen: Die SPD ist zu schwach, um ihren

Anteil für eine rotgrüne Mehrheit zu bringen. Hessen wird deshalb das Streben nach einer weiteren schwarz-grünen Koalition stärken, vielleicht schon vor der nächsten Bundestagswahl.

Die SPD muss ein politisches Desaster verarbeiten. Sie hat nicht verloren, weil ihre Vorstellungen und Vorschläge zu bestimmten Themen plötzlich auf Ablehnung gestoßen sind. Sie lag vor zwölf Monaten nahezu gleich auf mit Koch, weil die Hessen eine Ablösung im Amt des Ministerpräsidenten wollten. Zugleich war sie in den Themen stark, in denen Koch schwach war (Bildung). Daran hat sich qualitativ nichts geändert. Verspielt hat die SPD politische Glaubwürdigkeit auf eine fundamentale Weise.

Um ein Wahlversprechen – die Koch-Ablösung – einzuhalten, wurde ein anderes – nie mit der LINKEN - gebrochen. Damit stand die Frage, ob die Umsetzung von politischen Vorhaben wichtiger ist als die Zugehörigkeit zur westdeutschen antikommunistischen Wertegemeinschaft. Dahinter verbarg sich zudem die innerparteiliche Auseinandersetzung um den zukünftigen Weg der SPD und ihren Platz im Parteiensystem. Auf der Landesebene gelang es der SPD nicht, das Vorhaben, mit einer Minderheitsregierung Koch abzulösen, mit den Interessen relevanter Wähler/-innengruppen zu verknüpfen. Die offene Flanke, die den Medien ohnehin schon angeboten worden war, wurde dadurch noch größer. Kurzum, am Ende stand für einen Teil der SPD-Wählerschaft nicht nur in Frage, wofür die SPD steht (verborgen hinter dem „Wortbruch“), sondern sie erschien auch als unfähig, einen Wahlsieg in politische Macht umzumünzen. Als Partei versagte sie doppelt: in der Frage der Interessenbündelung und –formierung und in der Frage der Machteroberung. Dieses doppelte Versagen macht das hessische Desaster aus, denn zwei für jede Partei fundamentalen strategischen Fragen kann sie nicht mehr beantworten: Für welche Zielgruppen macht die SPD welche ernst gemeinten, politische Priorität besitzenden Vorschläge? Und mit wem und wie will sie diese Vorschläge umsetzen?

Dieses Dilemma wird die SPD in den kommenden Monaten verfolgen. Die auf Bundesebene wieder realistisch werdende schwarz-gelbe Option wird die SPD verschärft vor die Frage stellen, welche bundespolitischen Optionen sie hat, um die Richtlinien der Politik zu bestimmen oder wenigstens mitregieren zu können. So lange sie jede Zusammenarbeit mit den LINKEN ablehnt, wird es dabei bleiben, dass sie nicht erklären kann, warum Mindestlöhne, höhere Steuern für Reiche u.a. linke Anliegen mehr mit der FDP oder der Union durchgesetzt werden können. Eröffnete sie sich aber eine Perspektive auf Zusammenarbeit mit der LINKEN – etwa durch das Aufstellen von an die LINKE gerichtete Bedingungen – würde sie Wähler in der „politischen Mitte“ verlieren, ohne an anderer Stelle enttäuschte ehemalige SPD-Anhänger zurück zu gewinnen. Der Sieg von CDU und FDP würde wahrscheinlicher werden. Nach Hessen hat die SPD nur noch die Perspektive, Juniorpartner der CDU zu werden, oder zusammen mit der LINKEN auf der Oppositionsbank zu landen. Hessen ist mehr als ein Dämpfer für die Kanzlerkandidatur von Steinmeier, und Hessen zeigt: „Münze“ kann es auch nicht.

DIE LINKE hat zum ersten Mal den Wiedereinzug in ein westdeutsches Landesparlament geschafft. Sie hat sich in einer harten politischen Auseinandersetzung behauptet, ist nicht mit in den „Ypsilanti-Sog“ geraten, obwohl sie medial ähnlich unfair wie Andrea Ypsilanti behandelt wurde. DIE LINKE ist ein konstanter politischer Faktor in der hessischen Landespolitik, eigenständig und sozial profiliert. Sie hat jetzt fünf Jahre Zeit, liegen gebliebene Aufgaben im Parteaufbau zu erledigen und sich landespolitisch als Oppositionspartei gegen das schwarz-gelbe Lager und unterscheidbar von SPD und Grünen zu profilieren. Hieß es 2008 noch, „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, so müsste es seit dem 18.1.2009 heißen „Wir werden gebraucht, um etwas zu bewirken“. Offensichtlich sehen sich mehr als 5% der hessischen Wähler/-innen durch die LINKE im Parlament repräsentiert und mit ihren Interessen vertreten.

Die NPD und die Republikaner konnten von dieser politischen Entwicklung nicht profitieren. Sie bleiben insgesamt unter ihrem Wahlergebnis von 2008.

Bundespolitische Auswirkungen der Hessen-Wahl 2009

a) FDP-Blockademacht im Bundesrat

Die Große Koalition auf Bundesebene hat mit den Wahlen des Jahres 2008 ihre verfassungsändernde Mehrheit verloren. In Hamburg, Niedersachsen und Bayern regieren mit der FDP und den Grünen Parteien mit, die im Bundestag Teil der Opposition sind.

Mit dem Einzug der FDP in die hessische Landesregierung ist der Bundesregierung aber auch die einfache Mehrheit von 35 Stimmen verloren gegangen. Sie ist nun selbst bei einfachen Gesetzen auf die Zustimmung insbesondere der Liberalen angewiesen, die in den großen und stimmenstarken Flächenländern Teil der Landesregierung sind (Bayern, NRW, Baden-Württemberg, Niedersachsen – sowie nunmehr auch Hessen).

Die Freidemokraten haben zwar angekündigt, den Bundesrat zwar nicht als parteipolitisches Instrument nutzen zu wollen, andererseits werden sie nicht der Versuchung widerstehen können, insbesondere bei der Beschlussfassung über das Konjunkturpaket II ihren bundespolitischen Einfluss im Bundesrat zu nutzen und dort ihre parteipolitischen Ziele zu verfolgen.

Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach den Wahlen vom 18. Januar 2009

Land	Stimmen	Große Koalition	Union-Alleinreg.	Schwarz-Grün	Schwarz-Gelb	SPD-Alleinreg.	Rot-Rot	Rot-Grün
Bad-Würt.	6				6			
Bayern	6				6			
Berlin	4						4	
Brandenburg	4	4						
Bremen	3							3
Hamburg	3			3				
Hessen	5				5			
Meck-Vorp.	3	3						
Niedersachsen	6				6			
Nordrhein-Wf.	6				6			
Rheinland-Pf.	4					4		
Saarland	3		3					
Sachsen	4	4						
Sachsen-Anh.	4	4						
Schleswig-Hol.	4	4						
Thüringen	4		4					
Gesamt	69	19	7	3	29	4	4	3

b) Rechnerische Mehrheit für Horst Köhler in der Bundesversammlung

Wenige Monate vor der Wahl des Bundespräsidenten hat die hessische Neuwahl auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bundesversammlung.

Im Ergebnis des 18. Januar 2009 werden Union und FDP aller Voraussicht nach keine Schwierigkeiten haben, ihren Bundespräsidentenkandidaten Horst Köhler in der Bundesversammlung durchzusetzen. Denn die Stimmenzugewinne für Union und FDP werden durch die Stimmengewinne der Grünen nicht aufgewogen, so dass das bürgerliche Lager über eine komfortable Mehrheit zu verfügen scheint.

Die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung liegt bei 613 Sitzen. Nach der Bayern-Wahl kam das bürgerliche Lager auf 613 bis 614 Sitze in der Bundesversammlung. Das Schwan-Lager, zu dem hier SPD, GRÜNE, Die Linke. und der fraktionslose Bundestagsabgeordnete Gert Winkelmeier (früher Linke/PDS) gerechnet wird, kam auf 604 bis 605 Sitze.

Darüber hinaus stellten NPD und DVU über ihre Landtagsabgeordneten in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen weitere vier Mitglieder.

Tabelle: Die Zusammensetzung der 13. Bundesversammlung nach der Hessen-Wahl 2009*

Union	FDP	Freie Wähler	SPD	Grüne	LINKE	NPD/DVU	Sonstige
500	107	10	414	97	92	4	2
	617			603		4	2

*In den Ländern können noch Verschiebungen aufgrund von Stichwahlen auftreten.

Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes

a) Ein Blick zurück auf die Wahl am 27. Januar 2008

Vor knapp 12 Monaten bereiteten die hessischen Wähler/-innen Roland Koch den brutalsmöglichen Absturz. Die Union verlor nicht nur die 2003 errungene absolute Mehrheit, sondern rutschte erstmals seit 1966 unter die 39%-Marke. Zwar blieb die CDU am Ende knapp stärkste Partei – aber mit einem nur hauchdünnen Vorsprung von 0,1%.

Tabelle: Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen 1946-2009

Wahljahr	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	Grüne	KPD* / LINKE	NPD* / REP	Sonstige
1946	73,2	31,0	42,7	15,7	-	10,7*	-	-
1950	64,9	18,8	44,4	31,8	-	4,7*	-	0,3
1954	82,4	24,1	42,6	20,5	-	-	-	12,7
1958	82,3	32,0	46,9	9,5	-	-	-	11,6
1962	77,7	28,8	50,8	11,4	-	-	-	8,9
1966	81,0	26,4	51,0	10,4	-	-	7,9*	4,3
1970	82,8	39,7	45,9	10,1	-	-	3,0*	4,3
1974	84,8	47,3	43,2	7,4	-	-	1,0*	2,1
1978	87,7	46,0	44,3	6,6	2,0	-	-	1,1
1982	86,4	45,6	42,8	3,1	8,0	-	-	0,4
1983	83,5	39,4	46,2	7,6	5,9	-	-	0,8
1987	80,3	42,1	40,2	7,8	9,4	-	-	0,5
1991	70,8	40,2	40,8	7,4	8,8	-	1,7	1,1
1995	66,3	39,2	38,0	7,4	11,2	-	2,0	2,3
1999	66,4	43,4	39,4	5,1	7,2	-	2,7	2,2
2003	64,6	48,8	29,1	7,9	10,1	-	1,3	2,9
2008	64,3	36,8	36,7	9,4	7,5	5,1	1,0	3,5
2009								

Nachdem die SPD über einen langen Zeitraum die Vormachtstellung in Hessen beanspruchte und seit den achtziger Jahren mit der Union um Platz 1 oder 2 rang, wobei die Unterschiede nur knapp waren, wurde die Landtagswahl 2003 zum Debakel der Sozialdemokratie. Erstmals seit 1946 fiel die SPD mit 29,7% auf ein Ergebnis unter 30%.

Mit der Landtagswahl 2008 errang die hessische SPD folglich ihr Selbstbewusstsein zurück und schloss wieder zur Union auf.

Die LINKE hatte am 27. Januar 2008 ihre Wahlziele erreicht. Erstmals seit 1946 gelang einer Partei links von der SPD der Einzug in den hessischen Landtag. Mit dem Doppelseinzug in die Landtage von Niedersachsen und Hessen war DIE LINKE nunmehr in mehr als der Hälfte der deutschen Landesparlamente vertreten.

Für die Grünen ist Hessen ein Stammland mit relativ schwankenden Wahlergebnissen. Seit der Landtagswahl 1982, bei der sie mit 8% bravourös die 5%-Hürde nahmen, sind sie ununterbrochen im Landtag vertreten. Bei der Landtagswahl 1995 erreichten sie erstmals ein zweistelliges Wahlergebnis (11,2%), um jedoch 1999 mit der Abwahl von rot-grün auf 7,2% abzusinken. Bei der Landtagswahl 2003 gelang ihnen mit 10,1% der Anschluss an ihren Spitzenwert, um fünf Jahre später im Januar 2008 erneut auf 7,5% abzurutschen.

Die FDP verzeichnet gegenüber den Grünen vergleichsweise stabile Wahlergebnisse um die 8%. Allein bei der Landtagswahl 1999 sanken sie auf 5,1%, erreichten knapp den Einzug in den Landtag, wurden aber zugleich Mitglied des ersten Kabinetts von Roland Koch, um 1999 mit 7,9% nicht mehr in der Landesregierung vertreten zu sein. Bei der Landtagswahl 2008 steigerten sich die Liberalen mit 9,5% auf ihr höchstes Stimmenergebnis seit 1970 und lagen erstmals seit 1983 vor den Grünen.

b) Ypsilantis Scheitern und Kochs erneute Chance

Mit dem Wahlkampf 2008 zeigte die hessische SPD, dass die Sozialdemokratie unter spezifischen Bedingungen gewinnen kann. Zu diesen Bedingungen zählten ein im Niedergang begriffener Ministerpräsident Roland Koch, der sich mit seinen Wahlkampfthemen verzockte, und eine SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti, die sich mit sozialen, linken Themen profilierte und als Gegenmodell zur Koch'schen Konfrontation inszenierte.

Bereits am Wahlabend zeigte sich jedoch, dass die Regierungsbildung sich schwierig gestalten würde, da keine der klassischen Koalitionsoptionen – schwarz-gelb oder rot-grün – über eine Mehrheit verfügte. Wer wie die Autoren dieser Wahlkampfberichterstattung vor einem Jahr die Hoffnung hatte, dass Hessen zum Versuchslabor für das neue Fünf-Parteien-System werden würde, auf das sich alle Parteien nun auch bundespolitisch einzurichten haben, sah sich bald enttäuscht. Die hessische Landespolitik wurde nicht bestimmt durch den Mut zu politischen Experimenten, sondern konserviert und medial inszeniert wurde das von rechts vorgegebene „Tabu“ einer Regierungsbeteiligung der LINKEN im Westen.

Gegen Andrea Ypsilantis Versuch der Einbeziehung der LINKEN in ein Tolerierungsprojekt zur rot-grünen Mehrheitssicherung, analog zur ersten Regierung Höppner in Sachsen-Anhalt in den frühen 90er Jahren, sprach ihr vor der Wahl immer wieder gegebenes Versprechen, sich nicht mit den Stimmen eben dieser LINKEN an die Macht bringen zu lassen.

Unter den Bedingungen der Mediengesellschaft und des spezifisch dichotomen hessischen Parteiensystems hatte der Versuch einer rot-grünen Minderheitsregierung unter Tolerierung der LINKEN keine Chance.

Gegen die Blockadehaltung der Liberalen, denen die staatspolitische Verantwortung zur Regierungsbildung nichts wert war und die statt dessen lieber eine geschäftsführende Landesregierung Koch gegen den Wählerwillen im Amt sahen sowie letztlich Neuwahlen erzwingen, war eine Rationalisierung des Wahlergebnisses – durch das Abrücken von einem Wahlversprechen (Regierung ohne die Linkspartei) ein zweites, möglicherweise wichtigeres Wahlziel (eine andere Politik) zu erreichen – nicht durchsetzbar. Ypsilanti scheiterte an ihrer eigenen Partei, der Mehrheit in der Bevölkerung, die eine Regierungsbeteiligung der Linken zu 70% ablehnte – und wohl letztlich auch an sich selbst.

Dementsprechend fällt auch die Bewertung des hessischen Spitzenpersonals aus. Nach Angaben von Infratest-dimap fällt Andrea Ypsilanti, die im Januar 2008 mit 56% die beliebteste Politikerin Hessens war, binnen zwölf Monaten auf 18% - im November 2008 lag sie bei 16%.

Roland Koch kann aus dieser Entwicklung jedoch nur bedingt Kapital schlagen. Auch weiterhin scheiden sich an seiner Person die Geister. Zwar führt er im Januar 2009 nach dem Absturz Ypsilantis die Liste der beliebtesten Politiker mit 45% an (47% im November 2008), andererseits waren im November 2008 51% der Hess/-innen mit seiner Arbeit in der Landesregierung weniger bis gar nicht zufrieden, während nur 47% mit seiner Arbeit sehr zufrieden bzw. zufrieden waren.

Von seinem politischen Kurs der Bereitschaft zu einer links-tolerierten Minderheitsregierung aber hinreichenden Distanz zur SPD kann der grüne Spitzenkandidat Tarek Al-Wazir, der mit 42% im Januar 2009 auf Platz 2 der beliebtesten Politiker Hessen steht (45% im November 2008).

Auch der liberale Spitzenkandidat kann, wenn auch vergleichsweise wenig, gegenüber Januar 2008 von 21% auf 26% (28% im November 2008) zulegen.

Der Spitzenkandidat der LINKEN, Willy von Oyen liegt mit 9% Zustimmung zwar auf dem letzten Platz, aber doch deutlich oberhalb der für die LINKEN im Januar 2008 abgegebenen Zustimmungsquote.

Die nachfolgende Tabelle stellt Aussagen zum politischen Spitzenpersonal aus Befragungen von Infratest-dimap im Januar 2009 und Dezember 2008 zusammen, die erneut die Ambivalenz der hessischen Wähler/-innen gegenüber Roland Koch bestätigen, die Enttäuschung über das Verhalten von Andrea Ypsilanti verdeutlichen und den überraschend positiven Auftritt von Schäfer-Gümbel belegen.

Tabelle: Politisches Spitzenpersonal im Januar 2009 und Dezember 2008* (Angaben in %)

	Zustimmung	Keine Zustimmung
Angesichts der Wirtschaftskrise bin ich froh, dass Hessen einen Politiker wie Roland Koch hat	68	30
Ich habe mich so über Roland Koch geärgert, dass ich finde, er sollte als Ministerpräsident abgewählt werden.	67	29
Roland Koch hat die schwierige Aufgabe, die Übergangsregierung zu leiten, gut bewältigt.*	60	33
Es wird Zeit, dass Roland Koch abgewählt wird.*	53	44
Thorsten Schäfer-Gümbel hat das Format, ein guter Ministerpräsident zu sein.	31	39
Mit Schäfer-Gümbel hat die SPD einen guten Kandidaten gefunden.*	31	35
Ypsilanti sollte nach ihrem Scheitern von allen Spitzenämtern zurücktreten.*	72	26

Hätten die hessischen Wähler/-innen die Möglichkeit, den Ministerpräsidenten direkt zu bestimmen, hätte sich wenige Tage vor der Wahl nur knapp die Hälfte der von Infratest-dimap befragten Wähler/-innen für Koch entschieden (48%), während immerhin 36% dem SPD-Spitzenkandidaten Schäfer-Gümbel den Vorzug gegeben hätten.

Tabelle: Wenn Direktwahl des Ministerpräsidenten möglich wäre (Vergleich 2008/2009)

Kandidat/-in	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE
2009						
R. Koch	48	98	14	68	8	4
T. Schäfer-Gümbel	36	2	81	14	68	69
2008						
R. Koch	39	91	6	47	5	14
A. Ypsilanti	51	7	92	32	91	84

Die Gründe für die verhaltene Zustimmung zu Roland Koch liegt nicht in dessen Kompetenz- und Durchsetzungswerten begründet, die nach Infratest-dimap vergleichsweise hoch liegen (politischer Sachverstand: 74%, Durchsetzungsfähigkeit: 78%). Es sind vielmehr die „weichen Faktoren“ der Sympathie (33%) und der Glaubwürdigkeit (40%), bei denen es Roland

Koch nur sehr eingeschränkt gelingt, die hessischen Wähler/-innen von sich zu überzeugen. Demgegenüber liegt Schäfer-Gümbel in diesen Faktoren (Sympathie: 52%, Glaubwürdigkeit: 37%), während er als weithin unbekannter Herausforderer bei Kompetenz und Durchsetzungsvermögen nicht mit dem Amtsinhaber mithalten kann.

c) Die politische Stimmung in Hessen vor der Wahl

Drei Themen bestimmten im Vorfeld der Neuwahl vom 18. Januar die politische Debatte bzw. hatten wahlentscheidende Bedeutung für die hessischen Wähler/-innen und Wähler:

- die Schul- und Bildungspolitik, für deren Entwicklung von den Parteien weiterhin sehr unterschiedliche Wege vorgesehen werden,
- die sich rapide verschlechternde wirtschaftliche Lage in Deutschland, die mit den Konsequenzen u.a. auf die hessischen Opelwerke sowie den Finanzplatz Frankfurt am Main konkrete Auswirkungen auf Hessen hat,
- sowie die Zukunft des hessischen Parteiensystems nach dem „Wortbruch“ von Andrea Ypsilanti sowie der Unfähigkeit der SPD, eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Tolerierung der LINKEN zu bilden.

Die wichtigsten Themen in Hessen lauteten nach Angaben von Infratest-dimap bzw. der Forschungsgruppe Wahlen wie folgt:

Tabelle: Wichtigste Politikfelder in Hessen – Stand: Januar 2009 (Angaben in %)

	Infratest-dimap	Forschungsgruppe Wahlen
Schul- und Bildungspolitik	48	36
Arbeitslosigkeit	26	26
Wirtschaft / Finanzen / Bankenkrise	23	23
Regierungsbildung / Neuwahlen	15	15
Flughafenausbau	8	-
Soziale Ungerechtigkeit	6	-
Umweltschutz	6	-
Familienpolitik / Kinderbetreuung	5	-

Von den wichtigsten Politikfeldern zu differenzieren, sind die wahlentscheidenden Gründe der Wähler/-innen und Wähler. Dazu gehören z.B. die Programmatik oder die Kandidaten der Parteien oder einzelne Ereignisse, wie z.B. der „Wortbruch“ von A. Ypsilanti oder die umstrittene Frage des Flughafenausbaus, die ein Knackpunkt des rot-grünen Koalitionsvertrages war.

Tabelle: Gründe der Wahlentscheidung – Stand: Dezember 2008 (Angaben in %)

Für die persönliche Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 2009...	sehr wichtig
...ist der „Wortbruch“ von A. Ypsilanti und der SPD beim Thema „Zusammenarbeit mit der LINKEN“	45
...sind die Lösungsvorschläge der Partei in Sachfragen	34
...ist das Thema Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden	26
...sind die Spitzenkandidaten	25
...sind die Koalitionsaussagen der Parteien	24

Die Ergebnisse für die Bedeutung der Spitzenkandidaten sowie die Programmatik unterscheiden sich im Verhältnis zueinander nicht von den Ergebnissen der Landtagswahl vom Januar 2008. Auch dort wurde die Parteikompetenz höher bewertet als die Kandidatinnen und Kandidaten.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise

Die wirtschaftliche Lage in Hessen wurde von den Wähler/-innen und Wählern überwiegend weniger gut bis schlecht bewertet.

Tabelle: Bewertung der Wirtschaftslage in Hessen im Januar 2009 (Angaben in %)

	sehr gut / gut	weniger gut / schlecht
Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Hessen? Ist sie Ihrer Meinung nach...	43	56

Dabei gingen die Wähler/-innen davon aus, dass die Krise mit dem ersten Konjunkturpaket der Bundesregierung nicht überwunden ist, sondern vielmehr mit dem schlimmsten Teil der Krise noch zu rechnen ist.

Doch auch wenn die Wirtschafts- und Finanzkrise insgesamt pessimistisch bewertet wurde, hielten sich die individuellen Wirkungen bislang in Grenzen. So verneinte eine, wenn auch nicht allzu große, Mehrheit dass sie Sorgen um die eigene persönliche wirtschaftliche Zukunft habe.

Immerhin ein Viertel der Befragten gab an, eigene Verluste erlitten zu haben bzw. durch ein verändertes Anlageverhalten bei den eigenen Ersparnissen Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen zu haben.

Tabelle: Individuelle Wirkung der Finanzkrise – Stand: Dezember 2008 (Angaben in %)

	Zustimmung	Keine Zustimmung
Der schlimmste Teil der Krise steht uns noch bevor	65	25
Ich mache mir Sorgen um meine persönliche wirtschaftliche Zukunft?	43	56
Ich habe bereits Teile meiner Ersparnisse anders angelegt, damit sie sicherer sind	25	73
Ich habe finanzielle Verluste erlitten	24	75

Diese Aussagen decken sich mit bundesweiten Erkenntnissen, wie sie u.a. von Infratest-dimap und Allensbach erhoben wurden.

Die bundesweite November-Umfrage von Infratest-dimap¹ ergab, dass sich die Sorge um die persönliche wirtschaftliche Zukunft in der Einschätzung der eigenen Situation in einem Jahr widerspiegelt.

Insgesamt gehen nur 14% der Bundesbürger/-innen davon aus, dass es ihnen in einem Jahr wirtschaftlich besser gehen wird als heute. Mehr als die Hälfte (58%) erwarten, dass sie ihr erreichtes Niveau halten können. Ein gutes Viertel (27%) befürchtet allerdings, in naher Zukunft schlechter dazustehen als heute.

Längerfristig geht ein Fünftel der Befragten von einer Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation aus: 20% rechnen mit einer positiven Entwicklung ihrer persönlichen finanziellen Lage in den nächsten 10 Jahren. Vier von Zehn (42%) erwarten keine wesentlichen Än-

¹ Infratest-dimap 2008a, ARD DeutschlandTREND, November 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=16#ue5>.

derungen. Befürchtungen, dass sie ihren aktuellen Lebensstandard nicht halten können, haben 36%.

Tabelle: Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage - bundesweit (Angaben in %)

Wie bewerten Sie Ihre wirtschaftliche Lage...	in einem Jahr	in zehn Jahren
Mir wird es schlechter gehen als heute	27	36
Mir wird es in etwas gleich gehen wie heute	58	42
Mir wird es besser gehen als heute	14	20

Zu beachten ist jedoch, dass der Anteil derjenigen, die längerfristig mit einem persönlichen finanziellen Abstieg rechnen, nach Angaben von Infratest-dimap im Vergleich zu einer entsprechenden Befragung im Juli 2008² gesunken ist. Im Sommer waren die längerfristigen Zukunftserwartungen angesichts rasant steigender Preise merklich pessimistischer als derzeit. Zudem hat die Politik sowohl national als auch international mit schnellen Reaktionen auf die Finanzkrise offenbar in den Augen der Bürger Handlungsfähigkeit bewiesen, die Hoffnung auf die Bewältigung der Krise nährt.

Dieser Effekt ist auch für Hessen darstellbar, wo die Bewertung der wirtschaftlichen Lage im September 2008 ggü. Januar 2009 trüber geprägt war, wie nachfolgender Tabelle entnommen werden kann.

Tabelle: Bewertung der Wirtschaftslage in Hessen im September 2008 (Angaben in %)

	sehr gut / gut	weniger gut / schlecht
Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Hessen? Ist sie Ihrer Meinung nach...	38	60

Diskursiv lenkt die Finanzmarktkrise, wie Allensbach im Oktober 2008 darlegte, „Wasser auf die Mühlen der Linken, die sich in ihrem Weltbild bestätigt fühlt“:

„Für die große Mehrheit steht außer Frage, dass der Staat das Bankenwesen stärker kontrollieren und regulieren sollte. 63 Prozent halten dies für die richtige Folgerung. Wenn dagegen argumentiert wird, dass staatliche Interventionen oft mehr schaden als nutzen, schließen sich 30 Prozent dem an, während die Mehrheit überzeugt ist, dass allein mehr staatliche Regulierung die Gefahr krisenhafter Entwicklungen mindern kann.“

Generell wächst der Rückhalt für staatliche Interventionen, auch über das Bankenwesen hinaus. Vor drei Jahren waren nur 25 Prozent der Bürger der Auffassung, der Staat greife zu wenig in die Wirtschaft ein, im Frühjahr dieses Jahres waren es 30 Prozent; jetzt sind es 37 Prozent. Dagegen ist die Kritik an einem Übermaß staatlicher Eingriffe von 28 auf 8 Prozent gesunken. Sogar 34 Prozent der FDP-Anhänger wünschen sich mehr staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, nur 15 Prozent weniger.“

² Infratest-dimap 2008b, ARD DeutschlandTREND, Juli 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=39&aid=165>.

Tabelle: Zustimmung zu staatlichen Interventionen in die Wirtschaft

Greift der Staat bei uns zu viel in Wirtschaft ein, oder zu wenig, oder gerade richtig?	2005	Mrz 08	Okt 08	LINKE
Staat greift zu viel ein	28	18	8	6
Staat greift zu wenig ein	25	30	37	60
Staat handelt gerade richtig	20	27	23	9
Unentschieden/k.A.	27	25	32	25

Quelle: Allensbach 2008

Dass die Bundesregierung mit dem zügigen Aufspannen des Bankenrettungsschirms und dem Konjunkturpaket I Handlungsfähigkeit bewiesen hat, fand bei drei Vierteln der Wähler/-innen in Hessen Anerkennung.

Darüber hinaus befürwortete auch eine Mehrheit der befragten hessischen Wähler/-innen staatliche Interventionen sowohl durch die hessische Landesregierung in Bezug auf Opel als auch des Staates generell.

Tabelle: Die Finanzkrise und ihre Bewältigung – Stand: Dezember 2008 (Angaben in %)

	Zustimmung	Keine Zustimmung
Die Bundesregierung hat schnell und entschlossen gehandelt.	74	22
Ich finde es gut, wenn das Land Hessen Opel bei Bedarf unterstützt.	55	40
Ich fände es generell gut, wenn der Staat wieder stärker in die Wirtschaft eingreifen würde.	55	41
Ich mache mir Sorgen, dass der Finanzplatz Frankfurt durch die Krise Schaden nehmen wird.	45	53

Der „Wortbruch“ von Andrea Ypsilanti und das hessische Parteiensystem

Nachdem es Andreas Ypsilanti auch im zweiten Anlauf nicht gelang, eine Minderheitsregierung zu bilden, wurden Neuwahlen unausweichlich. Die Performance der hessischen SPD im vergangenen Jahr sowie der angestrebte enttabuisierende Umgang mit der LINKEN, den eine Mehrheit der Wähler/-innen ablehnte, würde absehbare Folgen für die hessische SPD haben, wie die Infratest-dimap-Vorwahlbefragungen zeigten. Vier Fünftel der hessischen Wähler/-innen glaubten, dass die SPD sich mit ihrem Verhalten dauerhaft Schaden zugefügt habe und über zwei Drittel vertraten die Auffassung, dass die SPD aufgrund mangelnder Glaubwürdigkeit einen „Denkzettel“ verdient habe.

Tabelle: Der „Wortbruch“ Ypsilantis und die SPD – Stand: Dezember 2008 (Angaben in %)

	Zustimmung	Keine Zustimmung
Mit ihrem Vorgehen in Hessen hat sich die SPD dauerhaft Schaden zugefügt.	80	18
Die SPD hat wegen ihres Wortbruches beim Thema „Zusammenarbeit mit der Linken“ einen Denkzettel verdient	68	30
Die hessische SPD ist nach den Ereignissen des vergangenen Jahres für mich nicht mehr glaubwürdig.	68	30

Die Vorgänge des vergangenen Jahres wirken jedoch nicht allein auf die SPD, sondern auf alle hessischen Parteien. Denn mehr als die Hälfte der hessischen Wähler/-innen gab vor

der Wahl an, dass der Parteienstreit im Jahr 2008, vermutlich auch der Umgang mit den SPD-Abweichler/-innen, das Vertrauen in die Demokratie insgesamt geschwächt habe. Auch wenn sich die Befürchtung, dass es nach der Landtagswahl erneut keine stabile Regierung geben könne, nicht bestätigt hat, gaben die Wähler/-innen den hessischen Parteien zwei wesentliche Hinweise auf den Weg:

- knapp 90% der Wähler/-innen stimmten der Aussage zu, dass Parteien die Gewissensentscheidungen von Abgeordneten zu respektieren haben,
- über 90% der Wähler/-innen vertreten die Auffassung, dass demokratische Parteien über die Grenzen des eigenen Lagers hinaus koalitionsfähig sein müssen.

Tabelle: Das hessische Parteiensystem – Stand: Dezember 2008 (Angaben in %)

	Zustimmung	Keine Zustimmung
Demokratische Parteien müssen über die Grenzen des eigenen Lagers hinaus koalitionsfähig sein.	92	7
Bei politischen Abstimmungen müssen Parteien akzeptieren, dass Abgeordnete nach ihrem Gewissen abstimmen.	89	9
Die Situation in Hessen ist so verfahren, weil die Politiker einander nicht respektieren.	71	26
Wirklich überzeugende Alternativen stehen in Hessen diesmal nicht zur Wahl.	67	29
Ich befürchte, dass es auch nach der Landtagswahl keine stabile Regierung in Hessen geben wird.	55	43
Die Vorgänge in Hessen in den vergangenen Monaten haben mein Vertrauen in die Demokratie geschwächt.	53	45

Angesichts dieser Aussagen überrascht es nicht, dass die hessischen Wähler/-innen zu knapp drei Vierteln sorgenvoll die politische Situation des Landes betrachteten.

Tabelle: Die politische Lage in Hessen – Stand: Dezember 2008 (Angaben in %)

	Zuversicht	Sorge
Wenn Sie an die aktuelle politische Situation in Hessen denken: Erfüllt Sie diese eher mit Zuversicht oder eher mit Sorge?	23	74

Die hessische Schul- und Bildungspolitik

Ein wesentliches Thema der vergangenen Landtagswahl vom Januar 2008 stellte die Schul- und Bildungspolitik dar. Am 27. Januar 2008 gaben nach Angaben von Infratest-dimap 29% der Wähler/-innen an, dass die bildungspolitische Position bei ihrer Stimmabgabe für eine Partei entscheidend gewesen sei.³

Tabelle: Bedeutung der Schul- und Bildungspolitik – Stand: Dezember 2008 (Angaben in %)

	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE
Bedeutung der Schul- und Bildungspolitik für die Wahlentscheidung 2008	29	20	39	28	42	16

³ Infratest-dimap 2008 – Wahlauswertung Hessen

Wie bei der vergangenen Landtagswahl unterscheiden sich die Positionen der beiden politischen Lager (schwarz-gelb vs. rot-grün-rot) erheblich voneinander. Während die Union und die FDP die „Vielfalt der Schulformen“, also das dreigliedrige Schulsystem mit den ihm innewohnenden Auslese Kriterien, erhalten möchten, sprechen sich SPD, Grüne und LINKE für ein längeres gemeinsames Lernen durch Einführung von Gemeinschaftsschulen, wie sie beispielsweise von der rot-roten Landesregierung in Berlin realisiert werden, aus.

Die Einführung von Gemeinschaftsschulen wird nach Angaben von Infratest-dimap von einer knappen Mehrheit der hessischen Wahlbevölkerung (Zustimmung: 49%, Ablehnung: 45%) begrüßt. Ein Jahr zuvor stellte sich diese Mehrheit etwas deutlicher dar: 55% zu 44%.

Tabelle: Künftige Ausrichtung des hessischen Schulsystems (Angaben in %)

	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE
Festhalten am bisherigen Schulsystem	45	61	33	65	17	16
Einführung der Gemeinschaftsschule	49	32	66	28	75	82

d) Kompetenzzuschreibungen der Parteien

Die Zuschreibung von Lösungskompetenz an die Parteien ist einer der zentralen Einflussfaktoren für die Wahlentscheidung der Bürger/-innen.

Die Parteien haben unterschiedliche Kompetenzschwerpunkte. So wird den Grünen z.B. traditionell eine große Kompetenz in der Umweltpolitik zugeschrieben, die sich in entsprechend hohen Kompetenzwerten ausdrückt.

Der massive Vertrauensverlust der SPD hat auch Auswirkungen auf die den Sozialdemokraten zugeschriebenen Lösungskompetenzen. Die SPD verliert in allen Themenfeldern zweisellig im Vergleich zur Landtagswahl 2008, wovon die anderen Parteien profitieren können. Demgegenüber fällt die Tatsache, dass die SPD im wichtigsten Vorwahlthema, der Bildungspolitik die höchsten Kompetenzwerte aufweist, nicht mehr wahlentscheidend ins Gewicht, zumal am Wahltag die Wirtschaftspolitik letztlich einen höheren Stellenwert einnahm als in den Vorwahlbefragungen durch die Wähler/-innen in Hessen angegeben.

Die Union profitiert von diesem Kompetenzverlust der SPD insbesondere in den Feldern der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik. Die Grünen wiederum profitieren von der Schwäche der Grünen in ihrem klassischen Themenfeld der Energie- und Umweltpolitik, aber auch der Bildungs- und Familienpolitik.

Wie bereits bei der vergangenen Wahl werden der LINKEN die höchsten Kompetenzwerte bei den Themen der sozialen Gerechtigkeit zugetraut. Sie erreicht ihre höchsten Werte bei der Herstellung eines gerechten Steuer- und Abgabensystems sowie sozialer Gerechtigkeit generell.

Tabelle: Parteikompetenzen – Stand: Dezember 2008 bzw. Januar 2009* (Angaben in %)

Kompetenzfeld	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Keiner Partei / Weiß nicht
Den Wirtschaftsstandort Hessen voranbringen*	54 (+7)	18 (-11)	8 (+1)	3 (+1)	2 (±0)	15 (+1)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	49 (+10)	22 (-13)	6 (±0)	3 (+1)	2 (±0)	17 (+1)
Die Folgen der aktuellen Finanz- und Bankenkrise bewältigen*	44	16	8	1	1	29
Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	43	18	12	4	3	19
Für ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem sorgen	24	26	14	6	8	22
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben*	29 (+1)	37 (-13)	8 (+4)	8 (+4)	2 (+1)	16 (+3)
Für eine gute Familienpolitik und Kinderbetreuung sorgen	31 (+5)	34 (-17)	15 (+3)	13 (+6)	4 (+2)	12 (+1)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen*	24 (+4)	40 (-14)	5 (+2)	8 (+3)	5 (-1)	17 (+6)
Eine gute Klima- und Umweltpolitik betreiben	15 (-2)	7 (-14)	2 (±0)	65 (+19)	1 (±0)	9 (-3)
Eine gute Energiepolitik betreiben*	29	17	5	30	1	17
Dafür sorgen, dass Energie bezahlbar bleibt	32 (±0)	18 (-13)	7 (+3)	21 (+11)	3 (+1)	18 (-2)
Die wichtigsten Probleme / Die Zukunftsprobleme Hessens lösen	39 (+10)	23 (-14)	5 (+1)	7 (+3)	1 (±0)	23 (±0)

Angaben in Klammern: Vergleich zu Januar 2008 | * Stand: Januar 2009

Erste Analyse der Wahlergebnisse

a) Zeitpunkt der Wahlentscheidung, Mobilisierung, Wahlentscheidende Themen

Auch bei dieser Landtagswahl waren die letzten Tage für die Mobilisierung von Wähler/-innen und Wählern von großer Bedeutung. Gut zehn Tage vor der Wahl gaben nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen 44 % der Befragten in Hessen an, dass sie sich in ihrer Wahlentscheidung noch nicht sicher seien.

Tabelle: Sicherheit in der Wahlentscheidung nach Parteien (Angaben in %)

	Hessen Die Wahlentscheidung steht...	
	...fest	... noch nicht fest
Gesamt	55	44
CDU	-	14
SPD	-	34
FDP	-	17
Grüne	-	28
Linke	-	24

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra 01/2009

Wie aus der vorstehenden Tabelle abzulesen ist, gelang es der Union und den Liberalen im Vergleich zu den anderen Parteien gut, ihre Wähler/-innen zu mobilisieren. Insbesondere die SPD aber auch die Grünen und die LINKEN haben demgegenüber Probleme, ihre Wähler/-innen zur Stimmabgabe zu motivieren.

Bei der Darstellung der Vorwahlbefragungen sind wir bereits auf die Themen eingegangen, die im Vorfeld der Wahl von großer Bedeutung waren. Welche Themen nun tatsächlich am Wahltag die Stimmabgabe beeinflussten, ergeben die Nachwahlbefragungen der Forschungsinstitute.

Für die Wähler/-innen und Wähler in Hessen waren die vier wichtigsten wahlentscheidenden Themen die Wirtschaftspolitik, die Bildungspolitik, die Soziale Gerechtigkeit und die Arbeitsmarktpolitik.

Tabelle: Wahlentscheidende Themen für die Wähler/-innen von... - Stand: 18. Januar 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	Gesamt
Wirtschaftspolitik	55	18	60	18	24	38
Finanz- und Wirtschaftskrise	19	9	19	4	13	
Soziale Gerechtigkeit	14	40	15	30	61	25
Bildungspolitik	19	42	25	46	27	30
Arbeitsmarktpolitik	22	25	20		28	21
Innere Sicherheit	22	-	-	-	-	-
Steuerpolitik	-	-	23	-	-	-
Umweltpolitik	-	-	-	65	-	-

Fehlende Angaben beruhen auf der Darstellung der Forschungsinstitute |
Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/he> (Stand 23:13)

Die Wirtschaftspolitik war für die Anhänger von Union und FDP das zentrale Thema. Für SPD-Anhänger rangierte die Bildungspolitik knapp vor der Sozialen Gerechtigkeit. Bei der LINKEN rangierte die Soziale Gerechtigkeit weit vor den anderen drei Themen, die für die Anhänger der Partei annähernd gleichrangig waren.

Für die Wähler/-innen und Wähler der SPD und der LINKEN waren die vier wichtigsten Themen die gleichen Themen wie im Landesdurchschnitt.

Für die Wähler/-innen der Union rangiert die Innere Sicherheit zusammen mit der Arbeitsmarktpolitik auf Platz 2.

Für FDP-Anhänger/-innen spielte die Steuerpolitik eine besondere Rolle, während bei den Grünen wiederum die Umweltpolitik mit Abstand das ausschlaggebende Thema für die Wahl dieser Partei war. Diese drei Themen von Union, FDP und Grünen kamen bei keiner anderen Partei unter die vier wichtigsten Themen.

Im Gegensatz zu SPD und LINKEN hatten sie jeweils ein besonderes Wählerschaften bindendes Thema, soziale Gerechtigkeit wiederum kam bei Union und FDP nicht unter die ersten vier. Bildungspolitik ist vor allem ein Thema von SPD und Grünen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise spielte für die Wahlentscheidung keine besondere Rolle, wobei allerdings die Trennschärfe dieses Themas zur Wirtschaftspolitik fraglich ist.

b) Strukturelle Verschiebungen im hessischen Parteiensystem

Die folgende Betrachtung des Wahlergebnisses bezieht die Ergebnisse der vergangenen vier Wahlen (Landtag 2008, Bundestag 2005, Landtag 2003 und Bundestag 2002) ein und zeigt durch den Rückblick auf die Zahlen von 2002 und 2003, welches Ausmaß die Verschiebung des parteipolitischen Koordinatensystems angenommen hat.

Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahl in Hessen im Vergleich mit früheren Wahlergebnissen									
	Wahlberechtigte	Wähler	Zweitstimmen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Sonst.
Absolute Stimmen									
L2009	4.375.269	2.670.412	2.591.857	963.800	614.653	420.383	356.007	139.080	97.934
L2008	4.370.403	2.810.972	2.742.709	1.009.749	1.006.154	258.554	206.606	140.488	121.158
B2005	4.366.988	3.436.820	3.359.916	1.132.292	1.196.130	393.110	339.352	178.076	120.956
L2003	4.330.792	2.797.692	2.734.992	1.334.676	795.883	216.064	276.234		112.135
B2002	4.344.854	3.480.228	3.414.323	1.266.714	1.355.486	279.974	365.333	44.386	102.430
Prozentuale Anteile an Zweitstimmen									
L2009		61,0%	59,2%	37,2%	23,7%	16,2%	13,7%	5,4%	3,8%
L2008		64,3%	62,8%	36,8%	36,7%	9,4%	7,5%	5,1%	4,5%
B2005		78,7%	76,9%	33,7%	35,6%	11,7%	10,1%	5,3%	3,6%
L2003		64,6%	63,2%	48,8%	29,1%	7,9%	10,1%		4,1%
B2002		80,1%	78,6%	37,1%	39,7%	8,2%	10,7%	1,3%	3,0%
ggü.	Gewinne und Verluste L2009 absolut								
L2008	4.866	-140.560	-150.852	-45.949	-391.501	161.829	149.401	-1.408	-23.224
B2005	8.281	-766.408	-768.059	-168.492	-581.477	27.273	16.655	-38.996	-23.022
L2003	44.477	-127.280	-143.135	-370.876	-181.230	204.319	79.773	139.080	-14.201
B2002	30.415	-809.816	-822.466	-302.914	-740.833	140.409	-9.326	94.694	-4.496
ggü.	in Prozentpunkten								
L2008	0,1%	-5,0%	-5,5%	-4,6%	-38,9%	62,6%	72,3%	-1,0%	-19,2%
B2005	0,2%	-22,3%	-22,9%	-14,9%	-48,6%	6,9%	4,9%	-21,9%	-19,0%
L2003	1,0%	-4,5%	-5,2%	-27,8%	-22,8%	94,6%	28,9%		-12,7%
B2002	0,7%	-23,3%	-24,1%	-23,9%	-54,7%	50,2%	-2,6%		-4,4%

	CDU- und FDP-Stimmen	
	absolut	Anteile
L2009	1.384.183	53,4%
L2008	1.268.303	46,2%
B2005	1.525.402	45,4%
L2003	1.550.740	56,7%
B2002	1.546.688	45,3%

c) Wähler/-innenwanderungen

Die Enttäuschung über eine andere Partei Infratest dimap vermeldet, dass für zwei von fünf Wähler/-innen und Wählern (38%) die „Enttäuschung“ über eine andere Partei wahlentscheidend gewesen sei. Die von der CDU enttäuschten Wähler/-innen und Wähler hätten zu 56% die FDP gewählt, die von der SPD enttäuschten Wähler wären entweder zu Hause geblieben oder hätten vorwiegend die Grünen gewählt.

Die Wählerstromanalyse von Infratest dimap⁴ spiegelt diese Befunde wieder.

Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen in Hessen

An ... von	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE.	Andere	Nichtwähl.
CDU		36.000	-93.000	-3.000	0	6.000	10.000
SPD	-36.000		-31.000	-122.000	-8.000	3.000	-192.000
FDP	93.000	31.000		-1.000	0	8.000	30.000
Grüne	3.000	122.000	1.000		1.000	10.000	3.000
DIE LINKE.	0	8.000	0	-1.000		4.000	-16.000
Andere	-6.000	-3.000	-8.000	-10.000	-4.000		7.000
Nichtwähler/innen	-10.000	192.000	-30.000	-3.000	16.000	-7.000	

Quelle: Infratest-dimap: <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/he/flash/index.shtml>; Stand: 23:27 Uhr

Die CDU verliert nach der Wählerstromanalyse 96.000 Stimmen, weit überwiegend an die FDP. Gleichzeitig gewinnt sie 52.000 Stimmen, vor allem von der SPD. Unter den NichtWähler/-innen und Nichtwählern kann sie ebenfalls mobilisieren. Im Saldo verliert die CDU rund 44.000 Stimmen.

Die SPD verzeichnet lediglich marginale Gewinne von den „anderen Parteien“. An die im Landtag vertretenen Parteien verliert sie 197.000 Stimmen. Davon gehen knapp zwei Drittel (62%) zu den Grünen, jeweils rund ein Sechstel (18,7% und 15,3%) zu CDU und FDP, lediglich 4% zur LINKEN. Fast ebenso viele SPD-Wähler/-innen und Wähler von 2008 wandern in das Lager der NichtWähler/-innen und Nichtwähler ab.

Die LINKE gewinnt Stimmen von der SPD und den kleinen Parteien (zusammen 12.000), verliert aber 17.000 Stimmen, marginal an die Grünen, aber überwiegend blieben Wähler/-innen und Wähler aus 2008 zu Hause. Dies dürfte korrespondieren mit den Verlusten bei der Wählergruppe mit Hauptschulabschluss.

Die Grünen gewinnen rund 140.000 Stimmen hinzu, davon stammen 122.000 (87%) von enttäuschten SPD-Wählern. Die Grünen gewinnen am stärksten von den nicht im Landtag vertretenen kleineren Parteien und in geringem Maße von CDU, LINKE und von den Nichtwählern

Die FDP gewinnt 162.000 Stimmen. Davon stammen über 57% von enttäuschten CDU-Wähler/-innen und –Wählern, gefolgt von knapp 20% enttäuschten SPD-Wähler/-innen und –

⁴ Zur Berechnung der Wähler/-innenwanderungsbilanz werden anhand der Ergebnisse der Fragen nach aktueller und vorheriger Wahlentscheidung Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. „Haltequoten“ (Wähler/-in pro Partei, die bei beiden Wahlen die gleiche Partei gewählt haben) geschätzt. In der Wanderungsbilanz werden Zuzug und Wegzüge sowie neue Erstwähler/-innen und Verstorbene in der Bevölkerung berücksichtigt. Weiterhin wird die Gruppe der Nichtwähler/-innen einbezogen. Genutzt werden für die Analyse amtliche Repräsentativstatistiken der letzten Wahlen, amtliche Bevölkerungsstatistiken, repräsentative Umfragen vor der Wahl und die Wahltagsbefragung. Bei der letztlich vorgenommenen Wählerstromkonto-Berechnung für jede Partei werden die Einzelströme auf 1.000 gerundet. Dadurch ergeben sich Differenzen zum amtlich Endergebnis.

Wählern und fast eben so vielen aus dem Nichtwählerbereich. Unter den NichtWähler/-innen und Nichtwählern konnte die FDP am stärksten mobilisieren. Auch hier wird es sich vorwiegend um frühere CDU-Anhänger handeln, die 2008 zu Hause geblieben waren.

Zu den NichtWähler/-innen und Nichtwählern wanderten Anhänger von SPD und LINKEN ab, während die anderen Parteien hier Wähler mobilisieren konnten – auch dies ein Hinweis, dass es für die einen nichts zu gewinnen gab bei diesen Wahlen, für die anderen aber interessant war, wer zukünftig mit Koch würde regieren können.

d) Die Parteien nach Wahlbeteiligung, Hochburgen und Konfessionen

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.⁵

Folgende Ergebnisse sind nach Berechnungen auf der Basis von Wahlbefragungen von Infratest-dimap und der Forschungsgruppe Wahlen zu verzeichnen. Die Zahlen entsprechen dem Stand in der Wahlnacht. Abweichungen zwischen den Forschungsinstituten gehen auf unterschiedliche Berechnungsweisen zurück.

Von einer hohen Wahlbeteiligung profitierten CDU (39,7%) und FDP (18,4%), sie „schadete“ vor allem der SPD (20,0%) und der LINKEN (4,4%). Eine mittlere Wahlbeteiligung nutzte der SPD (25,5%) und der LINKEN (5,6%), während die CDU unterdurchschnittlich abschnitt (35,5%). Von einer niedrigen Wahlbeteiligung profitierte wiederum die CDU (39,7), aber auch die LINKE (5,6%), während SPD (22,4%) und Grüne (12,7%) unter ihrem Landesergebnis blieben.

Bei einer Betrachtung der Hochburgen sind folgende Ergebnisse festzustellen: In den CDU-Hochburgen bleibt die LINKE bei 4%, die FDP wird mit 17,5% fast so stark wie die SPD (17,9%). Dort, wo die SPD stark ist (35,1%) liegen alle anderen Parteien unter ihrem Landesdurchschnitt, nur die LINKE mit 6% darüber. In FDP-Hochburgen (20,3%) verdrängt sie die SPD auf Platz 3 (18,5%), während die CDU mit 38,1% über ihrem Landesergebnis liegt. DIE LINKE erreicht hier 4,6%.

Eine raumbezogene Betrachtung führt zu folgenden Ergebnissen. In Gebieten mit einer hohen Einwohnerdichte waren vor allem Grüne (17,5%) und LINKE (6,3%) stärker als im Landesdurchschnitt, in Gebieten mit mittlerer Einwohnerdichte erreichte die LINKE nur 4,8%, in Gebieten mit geringer Einwohnerdichte 5,0%. Die Grünen blieben hier ebenfalls unter 10%, während die SPD mit 28,3% ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielte.

In Großstädten verdrängten die Grünen (17,6%) die FDP (13,8%) von Platz drei, DIE LINKE erreichte hier 7,9%. Die SPD lag mit 25% über ihrem Durchschnitt, die CDU mit 31,7% deutlich darunter. In den Mittelstädten verzeichnete die FDP ein überdurchschnittliches Resultat, die LINKE erreichte 5%, in den Kleinstädten nur 4,9% und in dne Landgemeinden 4,2%.

In den Großstädten und in den Landgemeinden erzielten REPs und NPD ein überdurchschnittliches Ergebnis (zusammen 1,9% bzw. 2,0%).

Traditionell lässt sich festhalten, dass eine Wahlbetrachtung nach Konfessionen zu dem Ergebnis führt, dass katholische Wähler/-innen eher liberal-konservativ, protestantische Wähler/-innen hingegen vergleichsweise eher bereit sind, SPD, Grüne und LINKE zu wählen. Am interessantesten sind die Ergebnisse in gemischt konfessionellen Gebieten. Hier liegt die CDU mit 37,9% vorn, SPD, FDP. Grüne mit 19,5%, 17,6% und 15,8% nahe beieinander und die LINKE bei 5,7%.

⁵ Bei der Erstellung der Wahlnachtberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest-dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

Eine Betrachtung nach Sozialräumen führt zu folgenden Erkenntnissen: In Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit kamen CDU und FDP zusammen auf 48%, in Gebieten mit niedriger Arbeitslosigkeit dagegen auf 60%. Hier sackte die SPD unter 20% (19,1%) und DIE LINKE blieb mit 4,5% unter der Fünfprozentmarke. In den Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit erreicht die SPD nur ihr Durchschnittsergebnis (23,6%), während LINKE (6,9%) und Grüne (17,6%) überdurchschnittliche Anteile verzeichneten.

Die Ergebnisse für Republikaner und NPD waren in Gebieten mit niedriger Arbeitslosigkeit besser als in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit (zusammen 1,3% und 1,5%).

Tabelle: Wahlverhalten nach Wirtschaftsräumen (Angaben in %)

	Strukturdaten geprägt von...		
	Industrie	Dienstleistung	Gemischt
CDU	38,3	36,0	37,7
SPD	26,8	20,6	24,8
FDP	15,5	17,3	15,6
Grüne	10,2	17,0	12,8
LINKE	4,9	5,9	5,1

Abschließend wird ein Blick auf die Wirtschaftsräume geworfen: In den industriell geprägten Gebieten blieb die SPD stärker als im übrigen Land, Grüne und LINKE deutlich schwächer. Umgekehrt verhält es sich in den von Dienstleistungen geprägten Räumen, in der Regel größeren Städten. Die rechten Parteien erzielten in industriellen Wirtschaftsräumen mit zusammen 1,8% überdurchschnittliche Ergebnisse.

e) Die Parteien nach Herkunft, Bildung und Geschlecht

Die CDU übernimmt wieder in allen Altersgruppen die Führungsposition als stärkste Partei. Die SPD-Verluste sind bei den Wähler/-innen und Wählern unter 60 Jahren am dramatischsten. Allerdings bleibt die SPD in allen Altersgruppen die zweitstärkste Partei. Die LINKE gewinnt bei den Wähler/-innen und Wählern unter 45 Jahren vermutlich nicht absolut, aber relativ hinzu. Im „aktiven“ Teil der hessischen Bevölkerung sind die Grünen die drittstärkste Partei.

Tabelle: Altersstruktur der Wähler/-innen und Wähler (Angaben in %)

	unter 30	30 - 44	45 - 59	über 60
CDU	32	32	33	46
+/- in %punkte	4	2	1	-3
SPD	22	21	23	26
+/- in %punkte	-19	-18	-15	-6
FDP	15	17	16	16
+/- in %punkte	7	7	6	7
Grüne	17	19	17	7
+/- in %punkte	7	10	8	3
LINKE	5	6	7	4
+/- in %punkte	1	2	0	0

Forschungsgruppe Wahlen, <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/667056?inPopup=true>

Bei den unter 30jährigen ist die CDU bei Männern und Frauen zur stärksten Partei geworden. Die SPD wird bei Frauen unter 30 Jahren auf einen Anteil von 24% nahezu halbiert.

Tabelle: Wähler/-innen und Wähler unter 30 (Angaben in %)

	Männer unter 30	Frauen unter 30
CDU	33	33
+/- in %punkte	1	8
SPD	20	24
+/- in %punkte	-16	-23
FDP	16	15
+/- in %punkte	5	9
Grüne	14	21
+/- in %punkte	6	9
LINKE	4	5
+/- in %punkte	-1	2

Forschungsgruppe Wahlen, <http://www.zdf.de/>

Tabelle: Altersstruktur der Wähler/-innen (Angaben in %)

	18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	60 und älter
CDU	26	31	31	32	48
SPD	28	21	22	23	25
FDP	12	18	17	17	15
Grüne	19	19	19	17	6
LINKE	6	6	6	8	3

Infratest-dimap; <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/he/> (Stand: 23:12)

Die SPD verliert umso mehr, je höher der Bildungsabschluss ihrer Wählerschaft aus 2008 ist. Bei den Wähler/-innen und Wählern mit Hochschulabschluss stürzt sie von einem Anteil von 36% auf 16% ab und ist nur noch viert stärkste Partei, mit deutlichem Abstand zu FDP, Grünen und CDU.

Tabelle: Bildungsstruktur der Wähler/-innen und Wähler (Angaben in %)

	Hauptschul- abschluss	Mittlere Reife	Abitur	Hochschul- abschluss
CDU	43	40	34	29
+/- in %punkte	0	0	2	1
SPD	30	24	21	16
+/- in %punkte	-7	-12	-16	-20
FDP	14	15	15	22
+/- in %punkte	8	5	6	9
Grüne	6	11	18	25
+/- in %punkte	4	6	7	11
LINKE	4	6	6	6
+/- in %punkte	-2	1	1	0

Forschungsgruppe Wahlen, <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/667056?inPopup=true>

Unter der Gruppe mit Abschluss Abitur ist die Entwicklung ähnlich, wenn auch nicht ganz so dramatisch. Offensichtlich macht in der Wählerschaft, die eher der sozialen „Mitte“ und der oberen Hälfte der Gesellschaft entstammt, die Kompetenz der SPD bei Sozialer Gerechtigkeit und Bildung den Verlust in Sachen „Glaubwürdigkeit“ und „Vertrauen“ nicht wett. Diese Entwicklung ist Ausdruck der Orientierungslosigkeit der SPD, die in große Wählerschichten nicht mehr vermitteln kann, für welche Ziele sie steht und mit wem die diese Ziele erreichen will – strategische Orientierungslosigkeit.

Dass von den SPD-Verlusten, neben den Nichtwählern, vor allem FDP und Grüne profitieren, unterstreicht, dass die SPD keine Bindungen in die modernen bürgerlichen Milieus hinein aufbauen konnte.

Die CDU ist in allen vier Bildungsgruppen wieder die stärkste Partei.

DIE LINKE sinkt bei den unteren Bildungsschichten unter 5%. Offensichtlich ist es nicht gelungen, um klassischen Segment des proletarischen Prekariats die Anhänger zu den Wahlurnen zu mobilisieren. Die leichten Gewinnen in den mittleren Bildungsschichten dürften relativ und vor allem auf eine gute Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft zurückzuführen sein. Je höher der Bildungsstand, desto wahlentscheidender war es, dass die LINKE im Landtag vertreten ist.

Tabelle: Wer wählte was? (Angaben in %)

Wähler/-innen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Kurzentschlossene	24	28	18	18	5 (6)
Erstwähler/-innen	26	28	12	19	6 (3)
Arbeitslose	20	34	13	9	18 (15)
Arbeiter/-innen	40	25	12	8	8 (7)
Frauen	25	37	15	15	4 (4)
Männer	23	37	17	12	7 (6)

In Klammern Ergebnisse für 2008

DIE LINKE kann ihr gutes Ergebnis bei Arbeitslosen aus dem Jahr 2008 wiederholen und sogar noch verbessern. Wie 2008 bilden die Arbeiter die zweite soziale Gruppe, in denen DIE LINKE überdurchschnittliche Stimmenanteile gewinnt. Es bleibt dabei, dass sie von Frauen unterdurchschnittlich gewählt wird.

Tabelle: Wähler/-innen nach Tätigkeit (Angaben in %)

Wähler/-innen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Arbeiter/-innen	40	25	12	8	7 (7)
Angestellte	34	21	16	19	5 (5)
Selbständige	37	13	29	16	3 (2)
Rentner/-innen	44	27	16	6	4 (4)
In Ausbildung	24	24	12	25	5 (4)
Arbeitslose	20	34	13	9	18 (15)

f) DIE LINKE. vor und nach der Landtagswahl 2009

Nicht nur aufgrund ihres Einzugs in den hessischen Landtag, sondern auch aufgrund der Kontroverse um ihre mögliche Einbeziehung in eine SPD-geführte Landesregierung stand DIE LINKE. im vergangenen Jahr im Fokus der Öffentlichkeit.

Im Mittelpunkt der Wahlentscheidung im Jahre 2008 standen in Hessen, wie auch bei allen anderen Landtagswahlen des vergangenen Jahres die Themen Soziale Gerechtigkeit und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Befragt nach den Gründen, DIE LINKE zu wählen, gaben mehr als 2/3 der linken Wähler/-innen an, dass die LINKE die Probleme beim Namen nennen würde, auch wenn sie diese nicht löse. Dem entspricht, dass die Wahl der LINKEN die Funktion des Denkkzettels gegenüber den anderen Parteien bedeuten würde.

Immerhin die Hälfte gab an, dass die LINKE eine demokratische Partei wie alle anderen Bundestagsparteien auch sei, die sich stärker als alle anderen Parteien für die sozial Schwachen einsetzen würde.

Tabelle: Aussagen zur LINKEN – Stand: Januar 2008 (Angaben in %)

	Zustimmung
Die LINKE löst zwar kein Problem, nennt die Dinge aber wenigstens beim Namen.	69
Die LINKE ist eine demokratische Partei wie alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien auch.	50
Die LINKE setzt sich stärker als alle anderen Parteien für die sozial Schwachen ein.	43
Wenn man die LINKE wählt kann man den anderen Parteien einen Denkkzettel verpassen.	37
Ich fände es gut, wenn die LINKE auch in Hessen in den Landtag einziehen würde.	22

In den Monaten September 2008 bis Januar 2009 führte Infratest-dimap verschiedene Umfragen durch, in denen verschiedentlich Aussagen zur LINKEN abgefragt wurden. Fast ein Fünftel vertrat im September 2008 die Auffassung, dass die LINKE in der Minderheitsregierung politische Verantwortung übernehmen und insoweit nicht nur die Probleme beim Namen, sondern auch zu ihrer Lösung beitragen sollte. Weniger als ein Zehntel der Wähler/-innen vertrat die Auffassung, dass die LINKE keine demokratische Partei sei.

Tabelle: Aussagen zur LINKEN – Stand: September 2008 bis Januar 2009 (Angaben in %)

	Zustimmung
Eine Minderheitsregierung finde ich gut, weil die LINKE politische Verantwortung übernehmen soll.	19
Eine Minderheitsregierung finde ich nicht gut, weil die LINKE nicht an der Regierung beteiligt werden darf.	33
Eine Minderheitsregierung finde ich nicht gut, weil die LINKE keine demokratische Partei ist.	9

In ihrer Ablehnung der Regierungsbeteiligung der LINKEN thematisierte die SPD-Abweichlerin Carmen Everts den vermeintlich extremistischen Charakter der LINKEN. Naturgemäß bemühten sich auch im Wahlkampf Union und FDP der LINKEN eine extremisti-

sche Grundhaltung nachzuweisen. Die Frage, ob die LINKE eine demokratische Partei sei beschäftigte demzufolge auch die hessischen Wähler/-innen. Eine knappe Mehrheit bewertet die LINKE als extremistisch, während ebenfalls eine knappe Mehrheit sie für ebenso demokratisch wie andere Parteien auch hält.

Tabelle: Beurteilung der LINKEN – Stand: Dezember 2008 (Angaben in %)

	extremistisch	demokratisch
Die einen behaupten, die LINKE sei eine extremistische Partei, die anderen sagen, sie sei eine demokratische Partei wie andere auch. Wie ist Ihre Meinung?	47	42

In den letzten Wochen vor der Wahl zeigte die LINKE kein vollständig geschlossenes Bild. Innerparteiliche Auseinandersetzungen, der Austritt von Mitgliedern und kritische Stimmen zur strategischen Ausrichtung der Partei bzw. den Machtverhältnissen wurden in der hessischen Regionalpresse, aber auch in überregionalen Medien thematisiert. Darüber hinaus wurde durch die Medien kritisch diskutiert, dass die LINKE in der Krise keine Rolle spielen bzw. von ihr nicht profitieren würde. Letzteres wurde im Übrigen von der LINKEN auch zu keinem Zeitpunkt angestrebt, vielmehr forderte die LINKE von der Regierung ein aktives und sozial gerechtes Handeln im Angesicht der Wirtschafts- und Finanzkrise. Überspitzt könnte man formulieren, dass die „Verelendungstheorie“, sonst Spielwiese der Linken, nunmehr erstaunlicherweise von den Medien vertreten wurde. Vor diesem Hintergrund sind sowohl die Fragen als auch die Antworten der Infratest-dimap-Wahltagsbefragung zu verstehen.

Tabelle: Aussagen zur LINKEN – Stand: 18. Januar 2009 (Angaben in %)

	Zustimmung
Die LINKE spielt keine Rolle in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise.	73
Die LINKE löst zwar keine Probleme, aber nennt die Dinge wenigstens beim Namen.	70
Die LINKE ist nicht politikfähig.	68
Die LINKE ist völlig zerstritten.	61

Mit der Landtagswahl vom 18. Januar 2009 ist der LINKEN der Wiedereinzug in einen westdeutschen Landtag gelungen. Und während die Grünen bei ihrem ersten Wiedereinzug in den hessischen Landtag deutliche Stimmenverluste hinnehmen mussten, zieht die LINKE, wenn auch nur prozentual gestärkt, in den nächsten hessischen Landtag ein. Während im Januar 2008 nur 22% den Einzug der LINKEN in den Landtag begrüßten, sprachen sich zum Ende des Jahres 2008 schon 35% für einen erneuten Wiedereinzug der LINKEN aus.

Tabelle: Verbleib der LINKEN im Landtag – Stand: Dezember 2008 (Angaben in %)

	Zustimmung	Ablehnung
Die LINKE soll nach der Wahl im Januar 2009 weiter im Landtag vertreten sein.	35	62

Die LINKE ist mit dem Wahlergebnis vom 18. Januar 2009 ein konstanter Faktor der hessischen Landespolitik geworden. Sie ist eine eigenständige politische Kraft, der es gelang, im vergangenen Jahr verlässlich zu ihrem Wahlversprechen „Koch muss weg“ zu stehen und nicht in den Abgrund der hessischen SPD gezogen zu werden.

Verwendete Quellen

- Benjamin-Immanuel Hoff / Horst Kahrs 2008, Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen am 27. Januar 2008 – Wahlnachtbericht und erste Analyse, <http://www.benjaminhoff.de/themen/wahlen/200801280500.html>
- Forschungsgruppe Wahlen 2009, Politbarometer Extra 01/2009, http://www.forschungsgruppe.de/_/PB_Extra_Hessen/
 - *diess* 2009a, Erste Wahlanalyse Hessen, http://www.forschungsgruppe.de/_/Wahl-analyse_Hessen/
 - *diess* 2009b, Berichterstattung zur Landtagswahl für das ZDF, http://wahltool.zdf.de/ZDF_2009_01_18/LTW_DE_HE_HTML/index.shtml
- Hessisches Statistisches Landesamt 2009, <http://www.statistik-hessen.de/>
- Infratest-dimap 2008, WAHLREPORT Landtagswahl in Hessen am 27. Januar 2008, Berlin.
 - *diess* 2008a, ARD DeutschlandTREND, Juli 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=39&aid=165>.
 - *diess* 2008b, HessenTREND September 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=190&aid=241>
 - *diess* 2008c, HessenTREND November 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=190&aid=248>
 - *diess* 2008d, ARD DeutschlandTREND, November 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=16#ue5>.
 - *diess* 2008e, HessenTREND Dezember 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=190>
 - *diess* 2009, HessenTREND Januar 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=154>
 - *diess* 2009a, *Berichterstattung für die ARD*, <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/he/flash/index.shtml>
- Renate Köcher (Allensbach) 2008, Wasser auf die Mühlen der Linken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.10.2008

Die Autoren / Vorbehalt

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit für die Partei DIE LINKE. als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Beide Autoren geben in dieser Wahlnachtberichterstattung ihre persönliche Meinung wieder.

Die während der Wahlnacht entstandene Analyse basiert auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *